



Zentrum für Zeithistorische Forschung
Am Neuen Markt 1, 14467 Potsdam

PRESSE-INFORMATION, 4. NOVEMBER 2015

(gemeinsam mit dem Bundesministerium des Innern und dem Institut für Zeitgeschichte München-Berlin)

„Aufarbeitung der eigenen Nachkriegsgeschichte“

Erste Ergebnisse des Projektes zur Erforschung der Vergangenheit der beiden deutschen Innenministerien im Nachkriegsdeutschland vorgestellt

Auf der Tagung „NS-Belastung und politischer Neuanfang. Die Innenministerien in Bonn und Ost-Berlin“ wurden heute im Bundesministerium des Innern in Berlin die ersten Ergebnisse des Aufarbeitungsprojektes zur Nachkriegsgeschichte der beiden deutschen Innenministerien vorgestellt.

Der Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière hat das Forschungsprojekt, bei dem vor allem mögliche personelle und sachliche Kontinuitäten zur Zeit des Nationalsozialismus untersucht werden sollen, vor elf Monaten ins Leben gerufen. „Denn nur, wenn wir unsere Vergangenheit kennen, können wir gegenwärtige Entwicklungen einordnen und die Zukunft verantwortungsbewusst gestalten“, so der Bundesinnenminister. Die ersten Befunde der Studie deuten darauf hin, dass die Anzahl ehemaliger NSDAP-Mitglieder im westdeutschen Bundesministerium des Innern (BMI) mit 54% und im Ministerium des Innern der DDR (MdI) mit 14% in der Nachkriegszeit höher war als bisher angenommen wurde. Die Zahlen haben die Forscherinnen und Forscher des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin (IfZ) und des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam (ZZF) in einer Vorstudie ermittelt, die von Prof. Dr. Andreas Wirsching und Prof. Dr. Frank Bösch geleitet wird.

„In der nun folgenden Hauptstudie geht es darum, diese vorerst ermittelte rein formale Belastung weitergehend zu erforschen: Die Mitgliedschaft in der NSDAP alleine sagt noch wenig aus. Wir wollen wissen, was die Mitarbeiter der beiden deutschen Innenministerien in der Zeit des Nationalsozialismus getan haben. Wie sahen ihre Lebensläufe aus? Welche Prägungen brachten sie mit? Und wie wirkte sich dies auf die Innenpolitik der Bundesrepublik und der DDR aus?“, erläuterte Prof. Dr. Wirsching, Direktor des IfZ, das beabsichtigte Vorgehen des Forschungsteams.

Im weiteren Forschungsverlauf sollen außerdem generellere Entwicklungen der Anfangsjahre der beiden Ministerien in den Blick genommen werden. „Wie ging man intern mit der Frage nach der Belastung der Mitarbeiter um? Welche Lern- und Anpassungsprozesse des Personals und der Institutionen selbst fanden statt? Welche Rolle nahmen die Ministerien im Gesamtgefüge des Regierungssystems ein? All dies sind Fragen, die auch in der vergleichenden Ost-West-Perspektive neue Ergebnisse versprechen“, so ZZF-Direktor Prof. Dr. Bösch. Denn auch die Hauptstudie soll sowohl das BMI als auch das MdI untersuchen.

Die Hauptstudie wird von einem wissenschaftlichen Beirat begleitet, den der Bundesinnenminister heute benannt hat.

„Es liegt in der gesellschaftlichen Verantwortung demokratischer staatlicher Institutionen, die eigene Vergangenheit aufzuarbeiten. Die ehrliche und transparente Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte entspricht auch dem kulturellen Selbstverständnis Deutschlands als parlamentarische Demokratie“, sagte der Bundesinnenminister. Bis Juni 2018 soll das Projekt mit der Veröffentlichung eines Referenzwerks und verschiedenen Monographien abgeschlossen werden.

Den Bericht zur Vorstudie können Sie auf der Webseite des BMI, des IfZ und des ZZF (www.zzf-pdm.de) einsehen.

Weitere Informationen: Prof. Dr. Frank Bösch: boesch@zzf-pdm.de